

[2009]

Stand 22.10.2009

§ 1 Name, Rechtsform, Sitz	2
§ 2 Zweck des Vereins.....	2
§ 3 Gemeinnützigkeit.....	2
§ 4 Mitgliedschaft.....	2
§ 5 Erlöschen der Mitgliedschaft	2
§ 6 Beiträge.....	2
§ 7 Organe des Vereins	3
§ 8 Vorstand.....	3
§ 9 Mitgliederversammlung	4
§ 10 Geschäftsjahr, Rechnungsprüfer	4
§ 11 Satzungsänderungen, Vermögensanfall bei Auflösung.....	5

SATZUNG DES FÖRDERVEREIN DER KINDERTAGESSTÄTTE ST. MARIA MAGDALENA

§ 1 Name, Rechtsform, Sitz

(1) Der Verein führt den Namen „Förderverein der Katholischen Kindertagesstätte St. Maria Magdalena“; ab der Eintragung in das Vereinsregister ergänzt um den Zusatz „e.V.“.

(2) Der Verein hat seinen Sitz in Berlin (Pankow) und ist in das Vereinsregister einzutragen.

§ 2 Zweck des Vereins

(1) Zweck des Vereins ist die Förderung der Bildung und der Erziehung durch ideelle und materielle Unterstützung der katholischen Kindertagesstätte St. Maria Magdalena, dessen Betrieb und der Ausstattung.

(2) Dieser Zweck wird insbesondere verwirklicht durch Zuwendungen aus Mitgliedsbeiträgen, freiwilligen Spenden, Erlösen aus Veranstaltungen, sowie den persönlichen Einsatz und Öffentlichkeitsarbeit durch die Vereinsmitglieder für die Zwecke des geförderten Kindergartens in Berlin-Pankow.

§ 3 Gemeinnützigkeit

(1) Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung. Der Verein ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

(2) Die Mittel des Vereins dürfen nur für satzungsmäßige Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Anteile am Überschuss und auch keine sonstigen Zuwendungen. Vereinsämter sind ehrenamtlich auszuüben.

(3) Es darf keine Person durch Ausgaben, die den Zwecken des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 4 Mitgliedschaft

(1) Mitglied des Vereins können volljährige natürliche und juristische Personen sowie Personengesellschaften werden.

(2) Der Erwerb der Mitgliedschaft erfolgt durch schriftlichen Antrag an den Vorstand, der über die Aufnahme entscheidet. Im Falle der Ablehnung des Aufnahmeantrages kann der Bewerber um die Mitgliedschaft die Mitgliederversammlung des Vereins anrufen, die dann endgültig über die Aufnahme entscheidet.

§ 5 Erlöschen der Mitgliedschaft

(1) Die Mitgliedschaft erlischt durch Tod, Erlöschen der Rechtspersönlichkeit, Austritt oder Ausschluss aus dem Verein.

(2) Der Austritt erfolgt durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Vorstand. Der Austritt kann nur zum Ende eines Kalenderjahres erklärt werden, wobei eine Kündigungsfrist von drei Monaten zum Jahresende einzuhalten ist.

(3) Ein Mitglied kann durch den Vorstand, der hierüber Beschluss zu fassen hat, aus dem Verein ausgeschlossen werden, wenn das Mitglied

a) einen Jahresbeitrag trotz schriftlicher Mahnung mit einer Fristsetzung von mindestens vier Wochen nicht bezahlt hat;

b) den Verein geschädigt oder sonst gegen seine Interessen schwerwiegend verstoßen hat;

c) in seiner Person einen sonstigen wichtigen Grund verwirklicht.

Vor Beschlussfassung über die Ausschließung ist dem auszuschließenden Mitglied Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Der Ausschließungsbeschluss ist schriftlich zu fassen und zu begründen und dem Mitglied zuzusenden. Gegen die Ausschließung kann das auszuschließende Mitglied die nächste anstehende Mitgliederversammlung anrufen, die über den endgültigen Ausschluss entscheidet. Bis zur Entscheidung der Mitgliederversammlung ruhen in diesem Fall die Mitgliedschaftsrechte des auszuschließenden Mitglieds.

§ 6 Beiträge

(1) Die Mitglieder haben einen Jahresbeitrag zu leisten, dessen Höhe der Selbsteinschätzung eines jeden Mitgliedes überlassen bleibt, der jedoch nicht unter dem von der Mitgliederversammlung festzulegenden Mindestbeitrag liegen darf.

(2) Für das Jahr des Vereinsbeitritts ist der volle Jahresbeitrag zu bezahlen. Die Festsetzung der Fälligkeit und Zahlungsweise des Beitrages obliegt dem Vorstand. Der Vorstand kann in begründeten Einzelfällen bestimmen, dass der Beitrag in anderer Form als durch Geldzahlung erbracht wird oder Beitragsleistungen stunden.

§ 7 Organe des Vereins

Organe des Vereins sind der Vorstand und die Mitgliederversammlung.

§ 8 Vorstand

(1) Der Vorstand i.S.d. § 26 BGB besteht aus drei Mitgliedern, dem/der 1. Vorsitzenden, 2. Vorsitzenden und einem/er Schatzmeister/in. Je ein vom Elternbeirat der Kath. Kindertagesstätte St. Maria Magdalena und der Leiter der Kindertagesstätte (oder von den im Kindergarten beschäftigten Erzieher(innen) benannter Vertreter oder einem Vertreter der tragenden Gemeinde) ist berechtigt, mit beratender Stimme (keine Vorstände i.S.d. § 26 BGB) an Vorstandssitzungen teilzunehmen. Der Vorstand kann im Einzelfall deren Teilnahme an Vorstandssitzungen ausschließen, hat aber über gefasste Beschlüsse zu berichten.

(2) Der Verein wird gerichtlich und außergerichtlich durch jedes Vorstandsmitglied einzeln vertreten. Im Innenverhältnis wird bestimmt, dass der 2. Vorsitzende und der Schatzmeister von ihrem Vertretungsrecht nur Gebrauch machen sollen, wenn der 1. Vorsitzende bzw. der erste und der zweite Vorsitzende verhindert sind.

(3) Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung auf die Dauer von einem Jahr, gerechnet von der Wahl an, gewählt. Er bleibt bis zur Wahl eines neuen Vorstandes im Amt. Scheidet ein Mitglied des Vorstands während der Amtsperiode aus, z.B. wegen Umzugs, so können die verbleibenden Vorstandsmitglieder ein Ersatzmitglied für die restliche Amtsdauer des Ausgeschiedenen benennen.

(4) Der Vorstand ist für alle Angelegenheiten des Vereins zuständig, soweit sie nicht durch die Satzung oder zwingende gesetzliche Vorschriften einem anderen Vereinsorgan zugewiesen sind. Der Vorstand führt die laufenden Geschäfte des Vereins. Er hat dabei vor allem folgende Aufgaben:

- a) die Verwaltung des Vereinsvermögens,
- b) die Aufstellung eines Haushaltsplans für jedes Geschäftsjahr,
- c) die Buchführung
- d) Vorbereitung und Durchführung von Fördermaßnahmen für den Kindergarten St. Maria Magdalena
- e) Vorbereitung der Mitgliederversammlungen und Aufstellung der Tagesordnungen;
- f) Einberufung der Mitgliederversammlung;
- g) Ausführung der Beschlüsse der Mitgliederversammlung;
- h) Unterrichtung der Mitglieder über die Vereinsangelegenheiten, insbesondere durch Erstellung eines Jahresberichtes.
- i) Verwaltung, Buchführung und Aufgaben nach § 11 Abs. 2 der Satzung

(5) Der Vorstand fasst seine Beschlüsse im allgemeinen in Vorstandssitzungen, die vom 1. Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung vom 2. Vorsitzenden, schriftlich, fernmündlich, oder per e-Mail einzuberufen sind. Eine Mitteilung der Tagesordnung ist nicht erforderlich. Eine Einberufungsfrist von einer Woche ist einzuhalten. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens zwei Vorstandsmitglieder anwesend sind. Bei der Beschlussfassung entscheidet die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Sitzungsleiters. Ein Vorstandsbeschluss kann auf schriftlichem Wege gefasst

werden, wenn alle Vorstandsmitglieder ihre Zustimmung zu der zu beschließenden Regelung erklären. Über die Beschlüsse des Vorstands ist ein Protokoll zu führen, das durch den Sitzungsleiter zu unterschreiben ist.

§ 9 Mitgliederversammlung

(1) Die Mitgliederversammlung ist oberstes Organ des Vereins. In der Mitgliederversammlung hat jedes Mitglied eine Stimme. Zur Ausübung des Stimmrechts kann ein anderes Mitglied des Vereins bevollmächtigt werden. Die Bevollmächtigung ist für jede Mitgliederversammlung gesondert zu erteilen. Ein Mitglied darf jedoch nicht mehr als drei fremde Stimmen vertreten.

(2) Die Mitgliederversammlung ist für folgende Aufgaben zuständig:

- a) Entgegennahme und Genehmigung des Jahresberichts des Vorstands;
- b) Entlastung des Vorstandes und der Kassenprüfer;
- c) Wahl und Abberufung der Mitglieder des Vorstandes und der Kassenprüfer;
- d) Festsetzung der Höhe der Jahresbeiträge, insbesondere des Mindestbeitrages;
- e) Beschlussfassung über die Beschwerde gegen die Ablehnung eines Aufnahmeantrages sowie die Berufung gegen einen Ausschließungsbeschluss durch den Vorstand;
- f) Ernennung von Ehrenmitgliedern;
- g) Beschlussfassung über grundlegende Entscheidungen für die Förderpolitik des Vereines.

(3) Die Einberufung der Mitgliederversammlung erfolgt durch den ersten Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung durch den zweiten Vorsitzenden. Die Einberufung muss mindestens zwei Wochen vor dem Tag der Versammlung unter Angabe der Tagesordnung schriftlich erfolgen. Die Frist beginnt mit dem auf die Absendung der Einberufung folgenden Tag. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung muss einberufen werden, wenn ein Fünftel der Mitglieder unter Angabe der Gründe einen schriftlichen Antrag beim Vorstand stellt.

(4) Längstens bis eine Woche vor dem Tag der Mitgliederversammlung kann jedes Mitglied beim Vorstand schriftlich die Ergänzung der Tagesordnung um weitere Angelegenheiten, nicht jedoch Satzungsänderungen, beantragen. Die Tagesordnung ist zu Beginn der Mitgliederversammlung durch den Versammlungsleiter entsprechend zu ergänzen. Über Anträge auf Ergänzung der Tagesordnung, die erst in der Mitgliederversammlung gestellt werden, beschließt die Mitgliederversammlung. Zur Annahme des Antrags ist eine Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich.

(5) Jede ordnungsgemäß geladene Mitgliederversammlung ist beschlussfähig. Die Mitgliederversammlung fasst Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen, soweit durch Gesetz oder diese Satzung keine abweichenden Mehrheiten vorgeschrieben sind. Enthaltungen werden als nicht erschienene Stimmen gewertet. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Versammlungsleiters. Bei Wahlen entscheidet bei Stimmgleichheit das Los. Die Abstimmungsart bestimmt der Versammlungsleiter. Bei Wahlen ist schriftlich und geheim abzustimmen, soweit nicht die Mitgliederversammlung eine andere Art der Abstimmung beschließt.

(6) Über jede Mitgliederversammlung ist ein Protokoll zu errichten, das vom jeweiligen Versammlungsleiter und dem Protokollführer zu unterzeichnen ist.

§ 10 Geschäftsjahr, Rechnungsprüfer

(1) Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

(2) Die Kasse des Vereins wird jedes Jahr durch einen oder mehrere von der Mitgliederversammlung gewählte Kassenprüfer, die nicht Mitglied des zu prüfenden Vorstands sind, geprüft. Die Kassenprüfer prüfen, ob die Verwendung der Vereinsmittel den Haushaltsansätzen entsprach und die Buchführung des Vereins ordnungsgemäß erfolgte. Hierüber haben die Kassenprüfer der Mitgliederversammlung Bericht zu erstatten.

§ 11 Satzungsänderungen, Vermögensanfall bei Auflösung

(1) Eine geplante Änderung der Satzung muss als Tagesordnungspunkt in der Einladung der Mitgliederversammlung bekannt gemacht werden. Über die Auflösung des Vereins kann nur in einer eigens mit dieser Tagesordnung einberufenen Mitgliederversammlung beschlossen werden. Beschlüsse über Satzungsänderungen oder die Auflösung des Vereins bedürfen einer Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen gültigen Stimmen.

(2) Der Vorstand wird abweichend von § 9 der Satzung ermächtigt, die Satzung auf Anregungen oder Vorschlag des Registergerichts oder des zuständigen Finanzamtes abzuändern. Die Abänderung kann über bloße redaktionelle Änderungen hinausgehen. Dies gilt nicht, soweit Kernfragen der Mitgliedschaft betroffen sind oder das Gesetz qualifizierte Mehrheiten vorschreibt. Der Vorstand hat sämtliche Mitglieder unverzüglich über solche Änderungen zu unterrichten.

(3) Jede Satzungsänderung ist dem zuständigen Finanzamt unter Übersendung der geänderten Satzung anzuzeigen. Änderungen oder Ergänzungen der Satzung, die von der zuständigen Registerbehörde oder vom Finanzamt vorgeschrieben werden, werden vom Vorstand umgesetzt und bedürfen keiner Beschlussfassung durch die Mitgliederversammlung. Sie sind den Mitgliedern spätestens mit der Einladung zur nächsten Mitgliederversammlung mitzuteilen.

(4) Bei Auflösung des Vereins oder Wegfall des Zwecks des Vereins fällt das Vermögen des Vereins an den Träger des Kindergartens, die Katholische Gemeinde St. Georg. Die anfallberechtigte Gemeinde hat das ihr anfallende Vermögen unmittelbar und ausschließlich entsprechend dem gemeinnützigen Vereinszweck, also zur der Bildung und der Erziehung durch ideelle und materielle Unterstützung der katholischen Kindertagesstätte St. Maria Magdalena, dessen Betrieb und der Ausstattung zu verwenden.

(5) Als Liquidatoren werden aus dem Vorstand der 1. und 2. Vorsitzende und der Schatzmeister bestellt, wobei es der Mitgliederversammlung frei steht, andere Liquidatoren zu bestellen.

(6) Sollte sich eine der Bestimmungen in dieser Urkunde ganz oder teilweise als ungültig erweisen, so werden davon die übrigen Bestimmungen nicht betroffen. Die ungültige Bestimmung ist sinngemäß auszulegen und durch eine neue Vorschrift zu ersetzen, die die Funktion und ideellen Zweck der ungültigen Bestimmung so weit wie möglich erreicht ohne die Gemeinnützigkeit zu berühren.

Von der Gründerversammlung einstimmig beschlossen.
Berlin, den 22.10.2009

Unterschriften der Gründungsmitglieder

Joel Allen

Marshall A

Frank B

Boys All

A. H. H.

James D. D.

John D.

Protokoll der Gründungsversammlung
Förderverein der Katholischen Kindertagesstätte
St. Maria Magdalena e.V.

Heute, am 22. 10. 2009, sind in der Tschaikowski 12 in 13156 Berlin die Damen und Herren, die in der dem Protokoll beigefügten Liste mit Familienname und Vorname aufgeführt sind, erschienen, um die Gründung eines Vereins zu beraten und zu beschließen.

Herr / Frau Josef Schmalbach eröffnete die Versammlung und berichtet über die Entwicklung, die der Gründungsversammlung vorausgegangen sind. Er schlägt vor, Herrn / Frau Josef zum Leiter / zur Leiterin der Versammlung und Herrn / Frau _____ als Protokollführer zu wählen. Dem stimmten alle Anwesenden durch Handzeichen zu.

Herr / Frau Schmalbach übernahm sodann gegen 20⁰⁰ Uhr die Versammlungsleitung.

Er schlug sodann folgende **Tagesordnung** vor:

- TOP 1 Bericht – Ziele und Aufgaben des Vereins
- TOP 2 Erläuterung des Entwurfs der Satzung einschließlich Beitragsordnung
- TOP 3 Diskussion und Anpassung des Satzungsentwurfs
- TOP 4 Beschlussfassung über die Satzung und Beitragsordnung
- TOP 5 Wahl des Vorstandes
- TOP 6 Sonstiges

Die Tagesordnung wurde durch Handzeichen einstimmig angenommen.

TOP 1

✓

TOP 2

✓

TOP 3

✓

h

TOP 4

Die Beschlusssatzung über die
Zeitbestimmung wurde verlesen.

TOP 5

Durch den Versammlungsleiter wurde Herr / Frau Dr. Salm als
Wahleiter vorgeschlagen. Die Wahl erfolgte durch Handzeichen einstimmig.
Die Versammlung beschloss nunmehr auf Vorschlag des Wahleiters
einstimmig: die Zahl der Vorstandsmitglieder wird auf 3 () festgesetzt.
Auf Vorschlag der anwesenden Mitglieder erklärten sich insgesamt 3
Kandidaten bereit, für den Vorstand zu kandidieren.

Die Versammlung wählte in geheimer Abstimmung den Vorstand. Das
Wahlergebnis lautet:

- | | | |
|------------------------|---|---------------------------|
| 1. Frau Mechthild Salm | → | als Vorstandsvorsitzender |
| 2. Frau Romy Ertl | ← | als 1. Stellvertreter |
| 3. Frau Annette Busch | → | als Kassenwartin |

Die Gewählten erklärten, dass sie die Wahl annehmen.


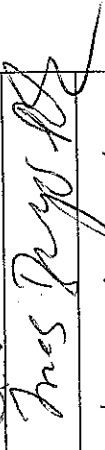
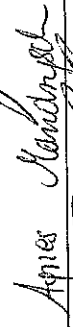


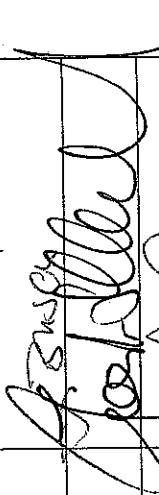

TOP 6

Zeiler 2

Teilnehmerliste

e.V. Gründungsversammlung

Berlin, 22.10.2009

Ifd. Nr.	Titel	Vorname	Nachname	Firma / Einrichtung	Unterschrift
1		SOFIA	NORMAND		
2		JUES	BEYER-PETZ		
3		AGNES	MANORSCH		
4		Romy	ERTH		
5		Anette	Busch		
6		Joost	Schmallesach		
7	Dr	Mechild	Calan		
8					
9					
10					
11					
12					
13					